

Das allmähliche Verschwinden der Demokratie

Im Frühjahr 2021 machten eine Reihe internationaler Thinktanks und NGOs auf die zunehmende Einschränkung demokratischer Rechte in Indien aufmerksam. Ihre Analysen lassen den Schluss zu, dass die von der hindu-nationalistischen Partei BJP geführte Zentralregierung oppositionelle Kritik unterdrückt, um ihre Macht zu sichern. Asit Datta fasst die Ergebnisse von fünf internationalen Studien zusammen.

Der diesjährige Bericht des US-amerikanischen Thinktanks „Freedom House“ hat international Besorgnis über den Zustand der indischen Demokratie ausgelöst. Das **Freedom House** (FH) wurde 1941 mit dem Ziel, die liberale Demokratie zu fördern gegründet. Seit 1973 berichtet das FH jährlich über die Entwicklung der Demokratie von Ländern der Welt. Bewertet werden politische Rechte (40 Punkte) und bürgerliche Freiheiten (60 Punkte). Zu den politischen Rechten gehören zum Beispiel der Wahlprozess, politischer Pluralismus und Partizipation sowie die Funktionsweise des Regierungssystems. Zu den bürgerlichen Freiheiten zählen unter anderem Meinungs- und Glaubensfreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, persönliche Autonomie und Individualrechte. Je mehr Punkte ein Land erhält, desto freier ist es. Optimal sind 100 Punkte, am schlechtesten 0. Nach Punktzahlen werden die Länder in drei Kategorien eingeteilt: frei, teilweise frei und nicht frei.

Seit dem ersten Bericht des FH, wurde Indien immer als frei bewertet. Zum ersten Mal wird Indien jetzt, im Frühjahr 2021 auf teilweise frei herabgestuft. Seit 2005 haben zwar viele Länder in der demokratischen Entwicklung einen Rückschritt erlitten, aber nur wenige Länder in einem Jahr so viele Punkte eingebüßt wie Indien. Was es bedeutet, in einem Jahr vier Punkte zu verlieren, kann man am Beispiel von Hongkong verdeutlichen. Nachdem die Zentralregierung der VR China die demokratischen Rechte von Hongkong massiv eingeschränkt hat, verliert Hongkong in einem Jahr nur drei Punkte. Die Abstufung Indiens begründet FH unter

anderem damit, dass die BJP die muslimische Bevölkerung diskriminiert, Dalits und Adivas benachteiligt und Journalist*innen und Student*innen wegen angeblich krimineller Handlungen angeklagt werden. Auf das Urteil von FH allein kann man sich nicht verlassen. Wie beurteilen andere internationale Organisationen die Entwicklung?

Transparency International (TI) mit Sitz in Berlin wurde 1993 gegründet. Das Ziel dieser Nicht-Regierungsorganisation (NGO) ist, Korruption im öffentlichen und im privaten Sektor, etwa bei der Vergabe von Aufträgen, zu bekämpfen. Diese NGO veröffentlicht jährlich eine Ranking-Liste, den „Corruption Perceptions Index“: Länder mit höheren Punktzahlen sind weniger korrupt. Nach dem neuesten Bericht liegt Neuseeland mit 88 Punkten an erster Stelle, Deutschland mit 80 Punkten an 9ter Stelle und Indien mit 40 Punkten an 86ter Stelle. In einem Jahr ist Indien von der 80ten auf die 86te Stelle zurückgefallen.

Die Organisation **Reporter ohne Grenzen** (ROG) veröffentlicht alljährlich einen Index für Pressefreiheit auf der Welt. Diese internationale NGO wurde 1985 in Montpellier gegründet. Das Ziel des Vereins ist, für die Pressefreiheit und gegen Zensur in aller Welt zu kämpfen. Die Grundlage für die Arbeit von ROG ist der Art.19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die ROG engagiert sich für Journalist*innen, die aus politischen Gründen inhaftiert sind oder an der freien Ausübung des Berufs gehindert werden. Länder werden danach bewertet, wie frei Journalist*innen ihre Tätigkeit in einem Land ausüben können, wobei 0 Punkte keine Einschränkung bedeutet. Je höher die

Punktzahl, desto schlechter sind Bedingungen für freie Ausübung der Pressearbeit. Nach der Rangliste von 2020 steht Norwegen mit 6,72 Punkten an erster Stelle, Deutschland mit 15,24 Punkten an der 13ten und Indien mit 46,56 Punkten an der 142ten Stelle von insgesamt 180 Ländern. In vier Jahren ist Indien um elf Plätze abgerutscht. ROG moniert besonders die Blockade des Internets in Jammu und Kaschmir, beklagt willkürliche Verhaftungen von Journalist*innen und stuft Indien als einen der gefährlichsten Orte der Welt für die Pressearbeit ein.

Vielleicht am härtesten geht der „World Report 2021“ vom **Human Rights Watch** (HRW) mit Indien ins Gericht. Die internationale NGO mit Sitz in New York ist 1978 gegründet worden. Das Ziel der Organisation ist die Wahrung der Menschenrechte. Der jährliche Bericht veröffentlicht vor allem Verletzungen der Menschenrechte in den Mitgliedsländern der UNO. Nach dem diesjährigen Bericht geht die BJP-Regierung zunehmend radikaler gegen Kritiker vor, gegen Akademiker*innen, Student*innen, Aktivist*innen, die die von der Verfassung garantierten Rechte verteidigen. Die Regierung verhängt kontinuierlich harte und diskriminierende Maßnahmen gegen die Muslim-Mehrheit in Jammu und Kaschmir, so HRW. Hunderte von Menschen würden dort unter dem Public Safety Act (Gesetz zur öffentlichen Sicherheit) ins Gefängnis geworfen. Nach diesem Gesetz können Personen bis zu zwei Jahre ohne gerichtliche Verhandlung in Haft gehalten werden. Die Schließung des Zugangs zum Internet habe das Geschäftsleben seit August 2019 zum Erliegen gebracht. Die Handels- und Industriekammer von Kaschmir schätzt den wirtschaftlichen Verlust auf 2,4 Milliarden US\$ in den ersten drei Monaten nach dem Abschalten des Internets.

Unter der Überschrift „Freibrief für Sicherheitskräfte“ erwähnt der Weltbericht, dass allein im Bundesstaat Uttar Pradesh (UP) zwischen März 2017 und Juli 2020 119



Personen von Polizisten erschossen wurden, angeblich weil sie fliehen wollten. UP wird seit Anfang 2017 von der BJP unter dem Chief Minister (= Ministerpräsident des Bundesstaates) Ajoy Mohan Bisht, der sich Yogi Adityanath nennt, regiert. Bisht ist Mitglied des faschistischen, hindu-nationalistischen Bundes RSS, der Mutterorganisation der BJP. In UP wurden rund 4.000 Personen wegen des Schlachtens von Kühen verhaftet, 79 Personen, vorwiegend Muslime, deswegen zu Haftstrafen verurteilt. Dalits, Adivasis und religiöse Minderheiten hatten besonders unter der BJP-Regierung zu leiden. Im Stadtstaat Delhi wurden in Februar 2020 bei kommunalistischen Unruhen 53 Personen ermordet und über 200 verletzt. Die Muslim-Bevölkerung wurde von einigen BJP-Führern beschuldigt, für den Ausbruch des Coronavirus verantwortlich zu sein. Unter dem Covid-19-Lockdown wurden Dalits, Muslime und andere marginalisierte Gruppen wie etwa Tagelöhner, ohne Nahrung, Wohnung und Gesundheitsvorsorge ihrem Schicksal überlassen.

Der Bericht erwähnt ferner, dass Presse- und Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt und Journalist*innen widerrechtlich verhaftet, verurteilt, körperlich bedroht und misshandelt wurden. Gewalt gegen Frauen, darunter Massenvergewaltigungen haben in einem Jahr um 7% zugenommen. Ebenso haben sich kriminelle Handlungen

gegen Dalits vermehrt. Während des Covid-19-Lockdowns seit März 2020 wurden 280 Millionen Schüler*innen vom Unterricht ausgeschlossen und sind nun bedroht, auch das Gelernte zu vergessen. Der ganze Bericht ist voller Klage gegen Menschenrechtsverletzungen. Alle solche Handlungen sind übrigens Verstöße gegen die indische Verfassung, etwa Art. 14: Gleichheit vor dem Gesetz; Art. 15: Verbot der Diskriminierung wegen Religion, Rasse, Kaste, des Geschlechts oder Herkunft; Art. 21: Schutz fürs Leben, Unversehrtheit und persönliche Freiheit ...

Der letzte wichtige Bericht in diesem Zusammenhang ist der „Gender Gap Index“, der vom **Weltwirtschaftsforum**, Davos/Schweiz seit 2006 jährlich veröffentlicht wird. Die Kluft zwischen Mann und Frau wird mithilfe von 14 sozialen Indikatoren in vier Lebensbereichen bemessen: wirtschaftliche Teilnahme und Teilhabe, Zugang zu Bildung, Gesundheit und Lebenserwartung und politische Teilhabe. In vier dieser Bereiche kann ein Land 100 Punkte erreichen. Je näher ein Land an 100 Punkten ist, desto besser. Berücksichtigt wurden 156 Länder. Auf den ersten Plätzen liegen Island mit 89,2 Punkten und Norwegen mit 84,9 Punkten. Platz 11 belegt Deutschland mit 79,6 Punkten, und Indien steht auf dem 140ten Platz mit 62,5 Punkten. In einem Jahr, von 2020 auf 2021 ist Indien um 28 Plätze zurückgefallen und steht noch unter den südasiatischen Ländern

Bangladesh, Nepal, Sri Lanka, Malediven und Bhutan. Entwickelt sich Indien durch die BJP-Regierung unter Narendra Modi immer weiter zurück?

Während die Analysen internationaler Thinktanks und NGOs die politische Entwicklung Indiens mit zunehmender Sorge betrachten und teilweise heftig kritisieren, scheint das Regime des Narendra Modi und der Hindu-Partei BJP auch im Inland an Glanz zu verlieren. Bei den Wahlen, die im April und Mai 2021 in fünf indischen Unionsstaaten und -territorien stattfanden, hat die BJP nur in Assam eine Mehrheit im Landesparlament gewinnen können. Im Stadtstaat Pondicherry gewann die BJP 6 von 30 Sitzen, in Tamil Nadu 4 von 234 Sitzen, in Kerala 0 von 140 Sitzen und in West-Bengal, wo Modi unbedingt die regierende Trinamool Congress-Partei zu Fall bringen wollte, gewann die BJP 77 Sitze, der Trinamool Congress aber 231 Sitze.

Die Demokratie in Indien scheint also nicht ganz verschwunden zu sein – noch nicht. ■

Asit Datta, Prof. em., Dr. phil. habil., geboren in Midnapore/Indien, Mitgründer und Leiter von INTERPÄD (interkulturelles Lernen und Entwicklungspädagogik, 1984-2002) an der Universität Hannover.